



Studierendenparlament

DER UNIVERSITÄT POTSDAM

Postanschrift: Studierendenparlament der Universität Potsdam • Am Neuen Palais 10 • 14 469 Potsdam
Sitz: Komplex I • Am Neuen Palais 10 • Gebäude 06
Kontakt: e-mail: praesidium@stupa.uni-potsdam.de • Fax: (0331) 977-1795
Präsidium: Juliane Lehmann • David Kolesnyk • Benjamin Stahl

Potsdam, 26.06.2012

Liebe Studierende, liebe Parlamentarier_innen,

hiermit laden wir zur gemeinsamen Sitzung des 14. Studierendenparlamentes der Universität Potsdam und der Versammlung der Fachschaften (Vefa) ein.

Termin: 26.6.2012, 19:30

Ort: Neues Palais, Haus 8, Audimax

Wir schlagen folgende Tagesordnung vor:

A Gemeinsame Sitzung des Studierendenparlaments mit der VeFa (ca. 19:30 bis 20:30)

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Berichte
 - a. Berichte aus den Gremien
 - b. Mitteilungen der FSR
4. Vorstellung des Prüfberichts durch den Rechnungsprüfungsausschuss
5. Gäste
6. Sonstiges

B StuPa-Sitzung

7. Protokoll der Stupa-Sitzung vom 05.06.2012
8. Berichte
 - a. Berichte aus dem Stupa-Präsidium
 - b. Berichte aus dem AStA
9. Jahresrechnungsausschussbericht AStA
10. Finanzielle Entlastung AStA
11. Politische Entlastung der einzelnen Referate
12. Wahlen
13. Anträge
14. Initiativanträge
15. Sonstiges

Wir bitten um pünktliches Erscheinen.

Viele Grüsse,

Präsidium des 14. Studierendenparlamentes (Juliane Lehmann, David Kolesnyk, Benjamin A. Stahl)

Initiativanträge b, c, d

b) Gegen Schließung Juristische Fakultät und Informatik

c) Offener Brief an Hasso Plattner

d) Solidaritätserklärung Syrische Studierende

e) Frauentheaterfestival Madalena

b)

Einreicher_innen: Juso-HSG Potsdam, dielinke.SDS Potsdam

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Keine Schließung der juristischen Fakultät in Potsdam!

Keine Einstellung des Bachelor-Studiengangs Informatik!

Am 8. Juni wurde der Bericht der Hochschulstrukturkommission (HSK) unter der Leitung von Friedrich Buttler vorgestellt. Das Ergebnis ist ernüchternd. Statt einer fortschrittlichen Hochschulpolitik in Brandenburg werden mit diesem Bericht die Weichen auf weitere Kürzungen im Hochschulbereich gestellt.

Unter anderem wird die Schließung der juristischen Fakultät der Universität Potsdam gefordert und mit dem Studiengang Rechtswissenschaften in Frankfurt zusammenzuführen. Wir lehnen die Idee der Schließung der Juristischen Fakultät in Potsdam strikt ab! Wir streiten für die Beibehaltung und inhaltliche Spezialisierung der beiden Jura-Fakultäten in Brandenburg. Wir fordern eine bessere Hochschulfinanzierung, die diesen auch ermöglicht, gute Lehre anzubieten.

Auch die Pläne, den Bachelor-Studiengang Informatik zu schließen, lehnen wir strikt ab.

Wir unterstützen daher die Proteste der Studierenden und fordern die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Sabine Kunst, sowie den Präsidenten der Universität Potsdam, Oliver Günther, auf, aktiv für den Erhalt der Studiengänge zu kämpfen.

Wir befürchten, dass es angesichts des Berichts der HSK zu weiteren strukturellen Einschnitten in der gesamten Hochschulpolitik Brandenburgs kommen wird. Wir lehnen jegliche Kürzungen im Hochschulbereich ab! So werden keine besseren Studienbedingungen erreicht.

Das Land Brandenburg muss endlich seiner Verantwortung nachkommen und die Hochschulen ausfinanzieren. Wir rufen daher die Studierenden, MitarbeiterInnen und Lehrenden der Hochschulen auf, gemeinsam und solidarisch gegen den Hochschulabbau und für bessere Studienbedingungen zu protestieren!

c)

Einreicher_innen: dielinke.SDS Potsdam, Linksjugend ['solid] Potsdam

Das StuPa möge beschließen:

Im Zuge der Debatte über den Abriss des Mercure-Hotels unterzeichnet das Studierendenparlament den folgenden offenen Brief an Hasso Plattner und die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung:

Bezahlbarer Wohnraum für alle statt Prestigeobjekte für wenige

Offener Brief an Hasso Plattner und die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung

Sehr geehrter Herr Plattner, sehr geehrte Abgeordnete der Stadtverordnetenversammlung,

wir schreiben Ihnen als ein großes Bündnis von Potsdamer Initiativen und Bürger_innen, die sich für den Erhalt des Mercure-Hotels einsetzen. Hiermit möchten wir Ihnen darlegen, warum wir gegen den Abriss dieses markanten Gebäudes in der Potsdamer Innenstadt sind. Darüber hinaus wollen wir Ihnen verschiedene Möglichkeiten aufzeigen, wie dieses Gebäude möglicherweise auch in Ihrem Sinne effektiv genutzt werden kann, ohne die verschiedensten Anliegen Potsdamer Bürger_innen auszublenden.

Zunächst möchten wir feststellen, dass wir die Initiative, eine neue Kunsthalle in Potsdam zu bauen, begrüßen. Wir halten es jedoch für falsch, aus diesem Grund das jetzige Mercure-Hotel zu diesem Zweck abzureißen. Der Abriss dieses Gebäudes ist eben nicht im Sinne vieler Potsdamer_innen, wie durch die Kundgebung am 18.6. auf dem Alten Markt suggeriert worden ist. Vielmehr traf sich hier eine gewisse Elite des Potsdamer Bürgertums, das jedoch nicht für die Mehrheit der Potsdamer_innen spricht. Schon die relativ geringe Teilnehmer_innenzahl lässt darauf schließen. Potsdam hat in den letzten Tagen weitaus größere Demonstrationen gesehen, zuletzt am 2. Juni bei einer Demonstration gegen steigende Mietpreise in Potsdam. Vielmehr glauben wir, dass Ihr Vorschlag von einigen Wenigen genutzt wird, um ein Gebäude abzureißen, das Ihnen einfach nicht genehm ist und um so auch den Wert der umliegenden Grundstücke (z.B. in der Speicherstadt) zu steigern. Der Neubau des Stadtschlosses, der geplante Abriss des FH-Gebäudes am alten Markt und der geplante Wiederaufbau der Garnisonkirche versprechen ein Bild der Stadtmitte, das vieler Potsdamer_innen nicht befürworten. Wir lehnen die weitere Gentrifizierung Potsdams ab. Wir wollen eine Stadt, in der sich alle wohl fühlen und nach ihren Bedürfnissen und Wünschen leben können.

Wir gehen davon aus, dass die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung sehr verfrüht getroffen wurde, weil die Stadt kein Interesse an einer transparenten Diskussion hatte.

Das Mercure-Hotel ist zu einem Wahrzeichen Potsdams geworden. In unmittelbarer Nähe zum Potsdamer Hauptbahnhof bietet es bisher den nächstliegenden Übernachtungsort in der Potsdamer Innenstadt für Tourist_innen und andere Gäste der Stadt. Es überragt die Potsdamer Innenstadt und ist zu einem Markenzeichen des Lustgartens geworden. Sollte der Vertrag mit dem Mercure auslaufen, sehen wir verschiedene Möglichkeiten, wie das bestehende und kürzlich erst sanierte Gebäude sinnvoll genutzt werden kann.

Angesichts des gravierenden Mangels an bezahlbarem und verkehrsgünstig gut angebundenem Wohnraum denken wir, dass die Debatte um den Abriss dieses Gebäudes doch sehr verfehlt ist. So fordert beispielsweise der Allgemeine Studierendenausschuss der Universität Potsdam, dieses Gebäude in ein Studierendenwohnheim umzuwandeln. Wir glauben, es wäre auch in Ihrem Sinne,

den Studierenden in Potsdam eine Unterkunft zu bieten, um neue Horizonte für die Potsdamer Kultur zu eröffnen. Heute lebt ein Großteil der Studierenden in Berlin oder wird durch die Standorte der bisherigen Studierendenwohnheime und anderer bezahlbarer Wohnräume in die Randbezirke der Stadt gedrängt. So wird beispielsweise das Wohnheim in Wildau gerade ausgebaut. Innerhalb der Stadt werden Wohnheime jedoch zurückgebaut oder ganz abgerissen. Es entsteht der Eindruck, die Stadt wolle kein studentisches Leben in der Innenstadt. Doch nicht nur Studierende können von diesem Standort profitieren. Auch Auszubildende, Schüler_innen und Geringverdiener_innen könnten dies.

Im Zusammenhang mit einer Umwandlung in bezahlbaren Wohnraum bedarf es jedoch einer weiteren Renovierung und dem Umbau von einigen Teilen des Gebäudes. Auf diesem Wege kann auch auf der Grundlage bereits bestehender Bausubstanz etwas Neues in Potsdam geschaffen werden, auf das viele Menschen stolz sein können. Ein gutes Beispiel, wie aus einem verfallenen Gebäude ein Wahrzeichen einer Großstadt werden kann, bietet der Universitätsturm in Jena. Dieses Gebäude wurde dank einer umfassenden Renovierung von einem "Schandfleck" zu einem Wahrzeichen der Stadt. Durch eine erneute Sanierung könnte auch das Mercure zu einem Ort werden, das vielleicht auch Ihren Vorstellungen mehr entsprechen könnte.

Auf diesem Wege möchten wir Ihnen eine Idee unterbreiten, die den Erhalt des Gebäudes gewährleistet, im gleichen Moment jedoch eine interessante Möglichkeit bietet, eine Kunsthalle an diesem Standort zu errichten. So könnten wir uns vorstellen, dass dank eines modernen Anbaus auch im bereits bestehenden Mercure zusätzlich zum verfügbaren Wohnraum die Errichtung einer Kunsthalle möglich wäre. Dies könnte sowohl im Erdgeschoss als auch in den obersten Stockwerken geschehen. Auf diese Weise würden auch die verschiedenen Bevölkerungsschichten Potsdams miteinander in Kontakt kommen, statt eine räumliche Trennung anzustreben, wie sie in Potsdam leider schon seit Langem vorangetrieben wird. Trotzdem könnte durch einen Anbau, in dem ein weiterer Eingang liegt, eine sinnvolle räumliche Trennung gewährleistet werden. Darüber hinaus halten wir es für sehr sinnvoll, eine Ausstellung von DDR-Kunst genau in diesen Räumlichkeiten einzurichten. Von den oberen Stockwerken wäre auch ein exzellenter Ausblick auf die Potsdamer Innenstadt gegeben. Durch eine Weiternutzung in Verbindung mit einer Kunsthalle könnte das jetzige optische Wahrzeichen mitten in Potsdam auch zu einem kulturellen Wahrzeichen werden.

Eine weitere Idee bestünde darin, die Kunsthalle neben dem Mercure zu errichten. Auf diese Weise könnte die jetzige Freifläche sinnvoll genutzt werden.

Sehr geehrter Herr Plattner, sehr geehrte Abgeordnete, Sie sehen, wir suchen das Gespräch mit Ihnen und sind durchaus zu Kompromissen bereit. Auch wir verweigern uns der Idee einer Kunsthalle im Lustgarten nicht völlig, wollen jedoch nicht, dass diesem Vorhaben ein Markenzeichen der modernen Geschichte Potsdams und die Interessen Geringverdiener zum Opfer fallen. Zurzeit werden in dieser Debatte jedoch nur die Wünsche einer kleinen Elite berücksichtigt. Wir bitten Sie hiermit also, nach Möglichkeiten zu suchen, dem Wunsch vieler Potsdamer_innen Gehör zu schenken und Alternativen zum Abriss des Mercure zu suchen. Es gibt am Standort Lustgarten nicht nur die Option "Entweder - Oder" sondern Möglichkeiten gemeinsamer Pläne. Wir bitten Sie ausdrücklich auch, eine Bürger_innenbefragung durchzuführen.

Wir hoffen, dass Sie uns anhören und auch über diese von uns aufgeführten Möglichkeiten nachdenken. Wir werden auch weiterhin versuchen, mit Ihnen das offene Gespräch zu suchen.

Mit freundlichen Grüßen,

linksjugend[`solid] Potsdam, Linke.SDS Posdam, ...

d)

Solidaritätserklärung des Studierendenparlaments der Universität Potsdam für die freiheitskämpfenden syrischen Studierenden

Das Studierendenparlament solidarisiert sich mit den Kommiliton_innen in Syrien, die mit ihrem unbewaffneten Protesten für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie streiten.

Wir rufen die Präsidenten der syrischen Universitäten und Hochschulen dazu auf, Militär und Milizen den Zugang zum Campus zu verweigern und so die Studierenden vor Angriffen zu schützen. Die syrischen Hochschulen sollen einen Raum für Meinungsfreiheit und demokratischen Austausch bieten und dürfen nicht Ort des Blutvergießens sein.

Wir unterstützen die Bemühungen der Union Freier Syrischer Studierender (UFSS) bei ihrer Arbeit für ein Ende der Assad-Diktatur und bei ihrem Bemühen, eine Alternativorganisation zur Nationalen Union Syrischer Studenten (NUSS) aufzubauen, die sich als Vorfeldorganisation der herrschenden Baath-Partei versteht.

Wir unterstützen die Anstrengungen der UFSS, den zivilen und unbewaffneten Charakter der Proteste zu bewahren, um ein demokratisches, ziviles Syrien mit Menschen- und Minderheitenrechten zu erreichen. Wir unterstützen ihr Ziel, mit Protesten auf dem Campus den friedlichen Aufstand in die Zentren der Großstädte zu tragen.

Ganz konkret unterstützt das Studierendenparlament der Universität Potsdam die Initiative der UFSS zum Boykott der Prüfungen am Semesterende als Ausdruck der Solidarität mit den Kommiliton_innen, welche an diesen nicht teilnehmen können, da sie während der Proteste für ein demokratisches Syrien verhaftet und gefoltert wurden, wegen ihres Engagements in den Untergrund gehen mussten oder getötet wurden.